

Antrag

der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Alle Alt- und Neuanschließer gerecht behandeln: Keine weitere Verschleppung der Rückzahlungen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Rückzahlung aller in Ansehung der Bundesverfassungsgerichtsbeschlüsse 1 BvR 2961/14 und 1 BvR 3051/14 rechtswidrig erhobenen Kanalanschlussbeiträge einen wichtigen Schritt zur Sicherstellung der Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen und zur Herstellung von Gebühren- und Beitragsgerechtigkeit im Land darstellt.
2. Daher wird die Landesregierung aufgefordert,
 - a. bis 31.07.2017 Hinweise an die kommunalen Aufgabenträger im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung herauszugeben, mit dem Inhalt, dass:
 - Schadenersatzforderungen nach dem Staatshaftungsgesetz der ehem. DDR für Beitragsbelastete mit in Ansehung der Bundesverfassungsgerichtsbeschlüsse 1 BvR 2961/14 und 1 BvR 3051/14 rechtswidrigen, bestandskräftigen Bescheiden anzuerkennen sind,
 - Zweckverbandszusammenschlüsse, Zweckverbandsbeitritte, Zweckverbandserweiterungen u. ä. dabei keinen neuen Zeitpunkt bei der Bemessung des Beginns der Festsetzungsverjährung darstellen.
 - b. ein Konzept zur Finanzierung der Kostenübernahme durch das Land zugunsten der Zweckverbände unter Mitwirkung aller Interessensverbände (Bürgerinitiativen, Grundstücksverbände, Mieterverbände, Landeswasserverbandstag, Städte- und Gemeindebund) bis zum 1. Quartal 2018 zu erarbeiten.

Begründung:

Seit den richtungsweisenden Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts vom 12.11.2015 (1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14) zeigt sich ein uneinheitliches Bild im Umgang der Zweckverbände und Eigenbetriebe bei der Rückzahlung der Kanalanschlussbeiträge.

So wird die Rückzahlung an jene Bürger, die keinen Widerspruch eingelegt haben, in der Regel verweigert. Nur manche Zweckverbände - in denen der politische Druck besonders groß ist - haben sich zur Rückzahlung entschlossen. Es dürfte politische Einigkeit darin bestehen, dass es nicht zur Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen beiträgt, wenn gleichgelagerte, rechtswidrige Sachverhalte durch Behörden desselben Landes, die auf Grundlage desselben Gesetzes handeln, unterschiedlich gehandhabt werden.

Eingegangen: 19.06.2017 / Ausgegeben: 19.06.2017

Im Übrigen zeichnet sich ab, dass diese Handhabung nicht nur politisch fragwürdig, sondern auch rechtswidrig ist. Trotz der zahlreichen Diskussionen im Landtag im Laufe des Jahres 2016 und Anfang 2017 haben sich die Zweckverbände nicht dazu durchringen können, Schadenersatzansprüche von Anschlussnehmern mit bestandskräftigen Bescheiden im Wege der Staatshaftung anzuerkennen. Ein Antrag von BVB / FREIE WÄHLER Gruppe im Januar 2017 (Drucksache 6/5831), der vorsah, den Zweckverbänden Vorgaben zur Anerkennung der Staatshaftungsansprüche zu machen, wurde mehrheitlich mit der Begründung abgelehnt, dass die Anspruchsvoraussetzungen nicht gegeben seien. Inzwischen liegt die erste Entscheidung in dieser Sache vor. Das Landgericht Frankfurt/Oder entschied mit Urteil vom 05.05.2017 (Akt.-Z.: 11 O 312/16) dass die Anspruchsvoraussetzungen selbstverständlich gegeben seien. Die Folge ist nun, dass eine Welle von begründeten Staatshaftungsklagen auf die Zweckverbände zukommt, die mit nicht unerheblichen Anwalts- und Gerichtskosten verbunden sein wird.

Zugleich ist zu beachten, dass in diesem Staathaftungs-„Musterprozess“ der beklagte Zweckverband das Land Brandenburg als Streithelfer gem. §§ 72, 74, 67ff. ZPO einbezogen hat. Dies hat die in der öffentlichen Diskussion wenig beachtete Folge, dass in einem Regressprozess des Zweckverbandes gegen das Land, letzteres das Urteil im Verhältnis Bürger<>Zweckverband insoweit gegen sich gelten lassen muss, als dass Behauptungen, der Rechtsstreit sei falsch entschieden worden, nicht mehr gehört werden. Somit werden Schadenersatzklagen von Zweckverbänden gegen das Land zumindest leichter, was angesichts der geltend gemachten Schadenssummen von bis zu 500 Millionen Euro (siehe Antwort auf die Kleine Anfrage 2629, Drucksache 6/6632) zu einem Umdenken führen muss.

Währenddessen versuchen bestimmte Zweckverbände trotz entgegenstehender verwaltungsgerichtlicher Urteile immer wieder, bestimmte Ortsteile aus der Anwendbarkeit der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts hinauszudefinieren. Hierbei wird der spätere Beitritt einer Gemeinde oder eines Gemeindeteils (in der Regel nach 2004) als neue Vorteilslage „definiert“, sodass erst ab dann eine Anschlussmöglichkeit an das Netz des Verbandes bestanden habe, obwohl das Rohrleitungssystem unverändert blieb. Trotz der frappierenden Rechtswidrigkeit dieser Argumentation werden hierdurch viele Haushalte in der weiteren Durchsetzung ihrer Rückforderung selbst nicht-bestandskräftiger (!) Bescheide gebremst, was unter sozialen und rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht hinnehmbar ist.

Der Flickenteppich an Rückzahlungsmethoden im gesamten Land hat zu einem erheblichen Akzeptanzverlust gegenüber der Kommunalabgabenstruktur Brandenburgs geführt. Trotz klar festgestellten Verfassungsverstoßes vor über 1,5 Jahren ist eine befriedigende Lösung nicht gegeben. Die dabei entstehende Ungewissheit bei der Gebührenkalkulation samt der weiteren Möglichkeit zur Erhebung von Erneuerungsbeiträgen schafft weitere Ungewissheit und bietet Raum für zeit- und kostenintensive Rechtsstreitigkeiten.

Das Land hat ein gesteigertes Interesse daran, die Angelegenheit sozial, wirtschaftlich und politisch zu befrieden und zu lösen. Hierbei liegt die (auch fiskalische) Verantwortung beim Landtag.